

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungs-Rath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Montag, den 22 Sept. 1800.

Zweytes Quartal.

Den 5 Ergänzungstag VIII.

Vollziehungs-Rath.

Beschluß vom 13. Sept.

Der Vollz. Rath — nach angehörtem Bericht sei-
nes Justizministers über den Gantschilling, welchen der
Gerichtschreiber des Distriktsgerichts von Frauenfeld zu
3 fr. vom Gulden für Einzug der Gantgelder bezogen
hat und noch weiters zu beziehen gedenkt.

In Erwägung, daß sich diese gerichtliche Sportel
auf kein Gesetz gründet, und als ein drückender Miß-
brauch nicht länger geduldet werden kann;

Zu Erwägung des Gesetzes vom 9. April 1800 über
die Bezahlung der richterlichen Behörden,

beschließt:

1. Obige Sportel, die unter dem Titel Gantschilling
pr. 3 fr. vom Gulden für den Einzug der Gant-
gelder im Bezirk Frauenfeld vom dasigen Gericht-
schreiber bezogen wurde, ist aufgehoben, und kann
weder in diesem Bezirk noch in andern des Cant.
Thurgau, wo sie allenfalls hat üblich seyn mögen,
gefordert werden.
2. Der Justizminister ist mit der Vollziehung des
genwärtigen Beschlusses beauftragt, der für den
Canton Thurgau gedruckt und öffentlich bekannt
gemacht werden soll.

Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 16. Sept.

Der Vollz. Rath — auf das Ansuchen der Ver-
waltungskammer von Bern, daß sie bevollmächtigt wer-
den möchte, für die Bestreitung der ihrem Cantone
obliegenden Requisitionskosten eine außerordentliche
Steuer in demselben zu erheben.

In Betrachtung, daß diese Unkosten, wenn die
requirirten Gegenstände von jeder einzelnen Gemeinde

in Natur geliefert wurden, am Ende immer durch Ge-
meindesteuern bestritten werden müßten,

In Betrachtung, daß die Lieferungen in Natur nach
einer vielfachen Erfahrung und den sichersten Berech-
nungen zufolge, für die Gemeinden ungleich kostbarer
und beschwerlicher ausfallen, als wenn sie ihren ver-
hältnismäßigen Antheil in Geld dazu beitragen und
der Verwaltungskammer die Ausführung der Requisition
überlassen.

Ferner in Betrachtung, daß nur allein durch eine
solche Anordnung die auffallenden Kriegsbeschwerden
nach einem billigen Maßstabe vertheilt werden können.

Zufolge der durch das Gesetz vom 11. April 1800
erhaltenen Vollmacht, und nach Anhörung des Mini-
sters der innern Angelegenheiten,

beschließt:

1. Die Verwaltungskammer von Bern wird bevoll-
mächtigt, eins vom Tausend alles steuerbaren
Vermögens in ihrem Cantone, als Zusatzpfennig
zu den direkten Staatsabgaben, zu erheben.
2. Der Ertrag dieser Steuer soll ausschließend zu
Bestreitung der den Gemeinden obliegenden Re-
quisitionskosten bestimmt seyn.
3. Die Verwaltungskammer wird über die Ver-
wendung desselben zu seiner Zeit öffentlich Rech-
nung ablegen.
4. Die Steuerpflichtigen, welche in der Entrichtung
der Beiträge saumselig seyn würden, sollen zufolge
dem 4ten Artikel des Gesetzes vom 1. Apr. 1800
dazu angehalten werden.
5. Der Minister der innern Angelegenheiten ist be-
auftragt, über die Vollziehung dieses Beschlusses
zu wachen.

Folgen die Unterschriften.

Beschluß vom 17. Sept.

Der Vollz. Rath — nach angehörttem Bericht seines Ministers der Künste und Wissenschaften über eine Schrift, welche Bürger Federer, Wärrer zu Lütach, Cantons Sántis, dem Erziehungsrathe desselben Cantons eingereicht hat;

Erwägend, daß unwürdiger Spott über verdiente Männer, noch mehr aber Herabsetzung einer obrigkeitlich bestellten Behörde, eine empfindliche Strafe verdient;

Erwägend, daß Bürger Federer dem Erziehungs-Rathe allen Gehorsam versagt, obschon derselbe von rechtmäßiger Obrigkeit eingesetzt ist;

Erwägend, daß ein Bürger, der die Pflichten gegen seine Obrigkeit so wenig kennt, das Lehramt auszuüben nicht würdig ist;

Geneigt jedoch, einen Fehlenden zum erstenmal mit Gelindigkeit zu behandeln;

beschließt:

1. Der Regierungsrathhalter des Cantons Sántis sey beauftragt, dem Bürger Federer vor dem versammelten Erziehungs-Rath sein Verfahren aufs ernstlichste zu verweisen, ihn aufzufodern, Gehorsam gegen seine Obern zu versprechen, und ihm anzuzeigen, daß die Regierung im Wiederübertretungsfalle schärfere Maßregeln gegen ihn nehmen wird.
2. Dem Minister der Künste und Wissenschaften sey die Vollziehung dieses Beschlusses aufgetragen.

Folgen die Unterschriften.

Gesetzgebender Rath, 17. Sept.

(Fortsetzung.)

(Beschluß des Gesetzesvorschlags über die dießjährigen Zehnden und Brunnzins.)

7. Die gesammten Zehnden für die Jahre 98 u. 99 bleiben dem Staat unbezahlt.
8. Dagegen werden die sämmtlichen Großzehnden für das Jahr 1800, sowohl nach eigener gewissenhafter Angabe der Zehndpflichtigen, als nach dem Urtheil verständiger und unpartheyischer Schärer, nach dem reinen Ertrag den der Zehndeigenthümer bezogen hat, nachgeschätzt und bis zum 1. December dieses Jahres, entweder in Natur, oder nach dem in §. 1. bestimmten Schlag, an Geld bezahlt.

9. Die Erhebungsart dieser Gefälle nach örtlichen Verschiedenheiten näher zu bestimmen, wird dem Vollz. Rath, und unter dessen Leitung den betreffenden Cantonsbehörden aufgetragen.

10. Und, wie hiemit einheimischen u. fremden Kommunen, Corporationen, Stiftungen und Privatpersonen allerdings das Recht zukommt, auch ihre Grundzins und Zehndgefälle auf vorgemeldte Weise zu beziehen, so werden sie dagegen aufgefordert, den in obigen Artikeln von dem Staat genehmigten Milderungen und Nachlaß, auch ihrer Seits sich willig zu fügen.

11. Gegenwärtiges Gesetz soll gedruckt, öffentlich bekannt gemacht, und an gewohnten Orten angeschlagen werden.

Folgende Botschaft des Vollz. Rathes wird verlesen und an die Finanzcommission gewiesen:

B. Gesetzgeber! Von mehreren Seiten laufen Berichte ein, daß verschiedene Pächter von Nationalgütern, in der Vermuthung, ihre bestandenen Güter würden zum Verkaufe für die Besoldungsrückstände bestimmt seyn, eine solche Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit im Anbau der Ländereyen zeigen, daß ein beträchtlicher Schaden für ein ganzes Jahr zu fürchten sey. — Diese Berichte und die sichere Betrachtung, daß die Kundmachung der öffentlichen Güterversteigerungen eine geraume Zeit erfordern, und der herannahende Winter, der die Güter mit Schnee bedeckt, nicht der Zeitpunkt seyn könne, wo dieselben vorthellhaft veräußert würden, bewegen den Vollz. Rath, Sie B. G. einzuladen, über den wirklichen Verlauf der zur Bezahlung der Rückstände von den öffentlichen Beamten bestimmten Güter, wovon Ihnen mehrere Tabellen eingesandt worden, ohne längeren Aufschub zu entscheiden.

Folgende Botschaft des Vollz. Rathes wird verlesen und an die Finanzcommission gewiesen:

B. Gesetzgeber! Die gesetzgebenden Räte hatten unterm 10. und 18. Juli zwei Gesetze abgefaßt, das erstere in Betreff des Wein- und Brandtwein-Zolls, und das andere in Rücksicht der Eustgebühren im C. Luzern, wodurch der bisher in diesem Canton übliche Wein- und Brandtweinzoll aufgehoben, und der Bezug des Eustgelds eingeschränkt wurde. Von den schlimmen Folgen auf andere Cantone überzeugt, die diese beiden Gesetze nach sich ziehen werden sowohl, als von der Wahrheit tief durchdrungen, daß keine Lücke in die Staatsabgaben gebracht werden darf, es sey denn zum voraus für eine neue nicht weniger ergiebige Quelle

gesorgt, dem Vollz. Ausschuss dann in Finanzangelegenheiten die Initiative zukomme, stellte der Vollzieh. Ausschuss in einer Botschaft der Gesetzgebung die Bedenklichkeiten und die Nothwendigkeit der Zurücknahme beider Gesetze, vor; seine Vorstellung hatte aber nicht die gehoffte Wirkung. Der grosse Rath beharrte auf seinem Entschlus, indem er auf die Botschaft der Vollziehung zur Tagesordnung gieng. Der gesetzgebende Rath indes würdigte die Sache unter ihrem wahren Gesichtspunkt, und so entstand das Dekret vom 3ten Sept. wodurch bemeldte Gesetze vom 10. und 18. Juli rapportirt werden. Mittlerweile ward das Gesetz vom 10. Juli im Canton Luzern publicirt, und vor allen Zollstädten angeschlagen, dessen Execution von dem Vollziehungsrath selbst verordnet wurde; und nun entsteht die Frage, welches von den beyden Nachtheilen das grössere sey? Ob eine Lücke in den Finanzen von einer jährlichen Einnahme von ungefähr 9000 Liv. entstehen lassen, oder nach dem, was vorgefallen, inconsequent erscheinen, und in dieser wichtigen Epoche die Achtung des Volks im Canton Luzern verlieren wollen. Der Vollz. Rath sieht in dieser zweyten Betrachtung die noch grössere Bedenklichkeit, und da er, ihrem gedauerten Wunsche gemäß, keinen Vorschlag zu Verringerung der Zollgebühren in jenem Cantone auf Wein und Brandtwein, der auf ein durchgängig einzuführendes Zollsystem berechnet wäre, geben kann, als jenen der in dem neuen Tarif bereits enthalten ist;

(Die Fortsetzung folgt.)

Beschluss der Zuschrift des B. David Vogel, Architects, an den gesetzgebenden Rath, über die Zehnden. (S. St. 118.)

Es ist also unwidersprechlich gewis, das die Zehndenabgabe in der Schweiz, bey den hier angezeigten Massregeln, ohne Beeinträchtigung des Staats- oder Privateigenthums, und auch ohne einigen Nachtheil für die Staatseinkünfte, die darauf beruht haben, aufgehoben werden kann. Die Aufhebung dieser drückenden Abgabe ist daher allerdings eine Staatspflicht und Interesse, weil die Vermehrung des Landesreichthums, die Fortschritte des Ackerbaus und die Verbesserung des Zustands einer zahlreichen Volksklasse darauf beruhen, und weil überdas die Aufhebung des Zehnden ein Grundsatz und absolutes Bedingnis des Finanzsystems ist, auf welches die Staatseinkünfte in der helvetischen Republik gegründet werden können.

In der Schweiz nemlich, wo rohe Hochgebürge

und Alpenland, Waldströme und Seen, die grössere Hälfte des Flächeninhalts einnehmen, und wo die Urbarmachung und der Ertrag der anderen Hälfte durch die Natur und Beschaffenheit eines, meistens nur durch Waldströme erzeugten Bodens, erschwert und behindert ist, können die Staatseinkünfte niemals auf den Ertrag des Bodens und auf das den Ackerbau selbst drückende Zehndsystem gegründet werden. In einem Lande, wo der Ackerbau so sehr beschränkt und welches überdas vom Meer und von den grossen Handelswegen entfernt ist, beruht der Reichthum und die ökonomischen Hilfsquellen der Nation einzig auf dem Arbeits- und Kunstfleis der Einwohner, und also auf der möglichsten Ausbreitung dieses Fleisses auf mannigfaltige Erwerbszweige. Die Staatseinkünfte der Schweiz und die Mittel zur Beförderung der Fortschritte ihres ökonomischen Wohlstands können daher einzig auf ein Finanzsystem gegründet werden, woben einerseits die gleiche Vertheilung der Staatslasten auf allen Reichthum und Erwerbsquellen, anderseits aber eine verständige Staatswirthschaft zum Grunde lieget, d. i. eine Staatswirthschaft, die in allen ihren Ausgaben weislich beschränkt und nur für diejenigen freigebig ist, die zur Beförderung der Erwerbsquellen, d. i. des Staatsreichthums und der Staatseinkünfte dienen. 7)

Die Abschaffung der Zehnden und die Liquidation der auf denselben beruhenden Schuld, mus, wenn die vorgesetzten Staatszwecke dabey erreicht werden sollen, nothwendig nach einem überdachten Plan, durch die Hand und unter der Aufsicht der Regierung ausgeführt und vollendet werden.

Die Vortheile der unentgeltlichen Erlassung eines Theils der Staatszehnden, müssen billig allen zehnden-laden Bürgern zu gut kommen, und also auch die noch restierende Zehndschuld durch die ganze Masse der Zehndpflichtigen vergütet werden. Die Gesetzgebung mus zuerst den Capitalwerth der dießfälligen Schuldforderungen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, d. i. nach dem Werth des reinen Ertrags eines jeden Zehnden, im Durchschnitt der letztern 20 oder 25 Jahren bestimmen. Bis zur Abbezahlung müssen diese Capitalien mit 4 p. Ct. verzinst werden.

Zur Tilgung dieser Zehndschulden mus entweder

7) Ein Theil der Finanzwissenschaft, der den ehemaligen helvetischen Regierungen ganz unbekannt war,